

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Bezugspreis beträgt 2.— Goldmark ohne Beleggeld. Bezugsbedingungen sind jede Woche vor Monatsbeginn zu erfragen. Etwas über Preisänderungen: Jeder wird vormitigend.

Die Inserate werden nach Kolumen-Zellen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagsbureau: Neue Promenade 14 und Große Deubaustraße 17. Hauptredaktion: Gammels-Nummer 7431. „Gesellschaft Halle'sche“, Hans-Heinrich; Großhaus Reinhold Schneider, Halle a. S. P. 01122. Leipzig Nr. 22615. Verlagsbureau: Halle a. S.

Der Nummarich zur Reichstagswahl.

Endlich erlöset!

Auflösung des Reichstages durch die Regierung.

Der Tod des Reichstages kam gestern nachmittag nicht überraschend. Wie sich das schon aus dem Verlauf der Verhandlungen über die Nationalen Vorarbeiten zu bezeugen, trat programmäßig der Kanzler vor, um die Auflösungsfrage zur Sprache zu bringen und zu verlesen (wir berichteten gestern nachmittag darüber durch Extrablatt). Wie ein alter müder Mann ist dieser erste Reichstag der Mensch aus dem Leben geschieden, ohne Krankheitsanfall, fast ohne äußere Ursache, man könnte fast sagen an Altersschwäche gestorben. Erhaben war es richtig, daß ihm die Regierung den Gnadenstoß durch die Auflösung verleihe, sonst hätte er noch kein Stedum bis zum Juni fortgesetzt und wäre ein dauernder Stein politischer Anstoßes geworden, ein Hemmnis für das Vorwärts der nationalen Welle, die durch das deutsche Volk geht, die der Reichstag ohne es zu wollen durch seine Unfähigkeit im Anstand hat.

Er war menschlich schon längst gestorben, dieser Reichstag; er wollte es nur nicht wahr haben. Als man ihn im Mai 1920 aufrückte, fingen die Gemüter in Deutschland erst langsam an, sich vom dem Schimmer der alten Reichsgeheimnisse und von seinen Folgen, den Revolutionswunden, zu erholen. So kam es, daß zwar innerhalb der bürgerlichen Parteien schon eine Verschiebung nach rechts eintrat, die jedoch die demokratische Partei von ihrer Nationalparlamentarische hinunterwarf, daß aber die sozialistischen Parteien noch einen großen Erfolg buchten konnten, wenn sie die absolute Mehrheit nicht erreichten. Inzwischen hat die Gegenrichtung gegen alles, was mit der Revolution zusammenhängt, in immer steigender Stärke zugenommen. Auf der einen Seite wußte Poincaré, Gemäßigter als er auf der anderen Seite, daß die Nationalparlamentarische Partei nicht mehr die politische Mehrheit im Reichstag war, sondern die sozialistische Partei, deren Träume sie nicht zu verwirklichen vermochte, als auch die anderen Parteien, die mit ihr zusammenarbeiten wollten, durch ihre kurzfristigen und heimlichen Interessen und Futtertrümpfen so oft zu Tag und Tag mehr. Die sozialdemokratische Partei verlor nach links und rechts Anhänger in großer Zahl, sie zerbröckelte in sich, und ihre unerbittliche Fraktionsförmigkeit im Reichstag machte schon seit geraumer Zeit den Eindruck, als ob sie in einer historischen Periode nicht in die politische Gegenwart, auch an den übrigen Parteien waren die besten der Jahre nicht mehr so sehr zu erkennen, wie sie bei allen Wahlen in den Gemeinderäten war. Das Reichsparlament war in dieser harten Zeit ein Greis geworden.

Man darf sich an dieser Richtung hatte der Reichstag sich zu erkennen. Das Parteipersonal, das in den letzten Jahren geschaffen war, konnte die Aufgaben des parlamentarischen Regiments nicht bewältigen. Die politische Tätigkeit kam immer zu kurz, fußte sich ein Zerbrochen der Demokratie ergab, das die moderne Weltanschauung gegen den Parlamentarismus bis zum Aufbruch der Diktatur aufzuweichen ließ. Man kam dann freilich nur zu einem formellen Scheitern, zu dem dem Parlament mit parlamentarischen Verfahren am wenigsten entgegen, aber auch in dieses System vermochte sich der herrschende Reichstag nicht mehr einzufügen. Die Auflösung wurde zur Notwendigkeit um des Reiches willen. Niemand weint dem Toten eine Träne nach. Die Zahl seiner Sünden war zu groß, der Grad seiner Schwäche zu bedrohlich. Der neue Reichstag muß nicht nur ganz anders zusammengebaut sein, sondern auch seine Tätigkeit auf ganz neuen Grundlagen aufbauen. In dieser Hoffnung steht das deutsche Volk in den parteipolitischen Kampf der nächsten Wochen.

Der Reichstag verteilte sich mit 459 Sitzen auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Deutschnationale Volkspartei 67 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche demokratische Partei 39, Zentrum 35 und 3 Sozialisten, Christliche Sozialdemokratische Partei 17, Sozialistische Partei 19, Sozialistische Partei der Arbeiter 13 und 2 Sozialisten, ferner Bauerische Bauernbund 3 Mitglieder, Deutsche christliche Arbeiterpartei 3, Deutsch-Hannoversche Partei 2, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2, bei keiner Fraktion 1 (Geisler).

Die letzte Reichstagsitzung.

Reichsminister Marx begrüßte die Auflösung. Berlin, 12. März. Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die letzte Sitzung des Reiches über die deutsche Gold- und Silberfrage. Abg. Dr. Richter (D. V.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der der Regierung im wesentlichen zustimmt. Abg. Seiffert (DnL) beantragt, in § 1 die Bestimmung zu streichen, daß die Bank die Bestimmung hat, anzufragen, die lautende Noten bis zum Gesamtwert von 5 Millionen zurückzuführen. Der Antrag soll nach dem Antrag Seiffert die Sitzung der Reichstag der Behandlung der Reichsregierung unterliegen. Nummer wird unter Verlesung der Antwort des Reiches nach dem Ausschussbericht angenommen. Die Wiederherstellung des 2. Antriebsparagrafen wird abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Goldbestimmung wird dann in dritter Lesung gegen die Zustimmung und die Zustimmung angenommen. In der Schlussbestimmung wird in dritter Lesung das Reichsparlament mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen, ebenfalls in der Schlussbestimmung wird auch der Reichstag in dritter Lesung angenommen.

Aufwandsentschuldigung und Bestätigen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des von den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Antrages, wonach 1. für die Zeit nach der Auflösung bis zu den Wahlen der Präsident und sein Stellvertreter sowie die Mitglieder der Kommission in der Bestätigung einzelner Ausschüsse des Reichstages (Auswärtiger Ausschuss und Überwachungs-ausschuss) die Aufwandsentschuldigung weiter be-zuglich. 2. sollen die Mitglieder des Reichstages bis zum Tage nach der Wahl die Eisenbahnfrei-

karten erhalten. Der Gesetzentwurf wird mit sehr großer Mehrheit in allen seinen Teilen angenommen. Reichsminister Dr. Marx erklärt im Laufe) Annehmen wird ferner die Ansprache der Antrag der Mittelparтии auf Einführung der Wahlverfahren während der Diktatur. Der Präsident rief dann den nächsten Punkt der Tagesordnung auf: Fortsetzung der Beratung über die Interpellationen und die Anträge zu den Steuernverordnungen. Hierzu gibt er jedoch das Wort dem Reichsminister. Die tief einschneidenden Maßnahmen der Regierung bilden den Gegenstand wochenlang Fortsetzungen in diesem Punkte und immer noch den zulaufenden Reformen ein-gearbeitet begründet worden. Dabei wurde im einzelnen be-merkt, daß eine ganze Reihe dieser Verordnungen nur in der gegen-wärtigen Lage begründet erachtet, daß sie eine Not-geschichte darstellen, die unbedingt einer anderen, ordentlichen Gelegenheit Platz machen muß. Das soll auch geschehen, sobald die gegenwärtige Krise überwunden und sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gelichtet und überhäuft ge-faltet hat. Bis dahin muß aber alles daran gesetzt werden und dabei bleibe ich.

Das das Wort der Regierung nicht gefehlet wird.

Dessen ungeachtet sind von verschiedenen Parteien zahlreiche An-träge zwecks Aufhebung oder Abänderung von Verordnungen ge-stellt worden und auch die Oppositionsgruppen beharren bei ihrem Entschluß, ihre Anträge über oder im Rahmen des Reichs-tages zur Abstimmung zu bringen, oder sie in den Ausschüssen zur Beratung zu stellen. Das eine wie das andere, erachtet die Reichsregierung zurzeit als unpraktisch und nur soviel, die mühsam aufzubringende Zeit der inneren Verhältnisse nicht erneut zu erübrigen. Anschließt dieser Sachlage kann die Regierung eine weitere Verhandlung der nach ihrer Auffassung für das Volk lebenswichtigen Fragen hier nicht mehr zulassen. Sie hätte sich vielmehr für notwendig, die Entscheidung des Volk-e selbst anzufragen. Das deutsche Volk muß sich jetzt entscheiden, ob es den Weg einer Wiederherstellung weitergehen will, zu dem Ziele, unter bedrückten Wunden an Arbeit, Ruhe und mit viel Mühe zu erreichen und Deutschland freizumachen, oder ob es sich an halbtägigen Verhandlungen und stillen Schlag-wörtern beteiligen und sich in Zweifeln zerstreuen und sich in sich verfahren will. Die Regierung hat deshalb beim Reichs-präsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages gestellt. Der Reichspräsident hat dem Antrag durch folgende Verordnung ent-sprochen, die ich die Ehre habe, dem Hohen Haupte zu verlesen:

„Nachdem die Reichsregierung ermächtigt hat, daß ihr Verlesenen, die auf Grund der Aufwandsentschuldigung vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt 1, S. 244 und 1174) ergründeten und von ihr als lebenswichtig betrach-teten Verordnungen zurzeit unverändert fortzuwirken zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages erlangt, habe ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsver-fassung den Reichstag auf.

Berlin, den 13. März 1924.

Der Reichspräsident Ebert.

Gegenzeichnet: Der Reichsminister Marx. Die Kanzlerrede wurde von den Kommunisten dauernd durch Zwischenrufe unterbrochen. Bei der Erklärung der Auflösungs-entscheidung des Reichstages durch den Reichspräsidenten, der Reichspräsident Ebert erklärte nach Verlesung der Auflösungs-urteil, daß damit die Aufgabe des Reichstages abgeschlossen sei. Abg. Heine (Ztr.) würdigte unter dem Beifall des Hauses die objektive Umfassung des Reichstages. Reichspräsident Ebert dankte dafür und sprach den Wunsch aus, daß das deutsche Volk bei den Wahlen ungehindert durch äußere oder innere Ge-walten frei seinem Willen Ausdruck geben könne. Der Präsident schloß die Sitzung mit einem dem Reichstag und dem deutschen Volk und die deutsche Republik. Um 1/2 Uhr war die Sitzung beendet.

Im Anschluß an die Reichstagsauflösung empfing der Kanzler Vertreter der Presse, um nochmals ausführlich die Gründe dar-zulegen, die die Regierung zur Auflösung des Reichstages bewogen haben.

Der Termin der Reichstagswahl.

Der Burgfriede in der stillen Woche. Kleinarbeit im Reichsrat. Berlin, 14. März. Nach Schluß der gestrigen Reichs-tagssitzung hat die Regierung des Reichsministers mit den Parteiführern der bisherigen Regierungskontinuität ver-handelt, in welcher die Frage der Neuwahl besprochen wurde. Endgültige Feststellungen konnten nicht getroffen werden, da ja die Bestimmung des Tages beim Reichspräsidenten liegt. Jedoch nimmt man an, daß namentlich in erster Linie der 11. Mai für die Neuwahl in Frage kommt.

Berlin, 14. März. Der Reichstag stimmte in seiner heutigen Sitzung dem Gesetze über die Ausprägung neuer Silbermünzen und dem Volksanwaltschaftsgesetz zu. Zustimmung fand auch der Beschluß des Reichstages zur Verringerung des Reichswahlgesetzes. Zu dem heute vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf, wonach in der Zeit vom 13. bis 21. April eine Reihe politischer Ver-ammlungen stattfinden dürfen, sah der Reichs-rat ein Verbot, das nach seiner Ansicht eine Verfassungsänderung vorliegt und die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit nach seiner Ansicht im Reichstage nicht vorhanden war.

Die Partier Presse ... bestialisch und unzuverlässig.

Paris, 14. März. „Humanität“ legt heute ihre Enttäuschungen über die Bestialität der französischen Presse frei. Das Blatt unternimmt scharfe Angriffe auf den „Matin“. Einer der Briefe, den die Redaktion des „Matin“ am 20. Oktober 1901 an den russischen Außenminister richtete, läßt erkennen, daß die russische Regierung von der Redaktion des „Matin“ das Recht er-würkte, auf der ersten Seite des Blattes einen Artikel über den jeweiligen Bericht des russischen Außenministers zu veröffentlichen. Aus späteren Briefen geht hervor, daß der „Matin“ die mit Kassa-wohlstand gegen hohe Beträge getroffenen Verbindungen nicht immer beendigt hat.

Frankenoffensive Poincares.

Der Erfolg der Ruhrbesetzung — neue Steuern für das französische Volk.

Paris, 14. März. Zu einer Abstimmung im Senat ist es ge-lassen nicht gekommen. Die Entscheidung in der Frage des Er-mächtigungsgesetzes dürfte daher vermutlich erst heute fallen. Im Bereiche der Sitzung erachtete der Reichspräsident Poincaré das Wort zu einer längeren Ansprache, an die sich eine Interpellation Poincares schloß. Der Reichspräsident äußerte neue Vorbehalte hinsichtlich des neuen Couponsteuersystems und sagt, die Maßnah-men, die wir ratifizieren wollen, dürfen nicht dazu führen, daß Deutschland ungeliefert seine Lage verliere und später uns viel-fach von neuem anzuregen. Die Macht, die wir der Regierung in die Hand geben, darf nur vorübergehenden Charakter tragen. Das Programm Frankreichs muß darin bestehen, Deutschland im Einverständnis mit unseren Verbündeten zur Zahlung zu bringen.

Die gemäßigten Regierung hat sich angelegen sein lassen, die deutschen Forderungen durch Beilegung der wirtschaftlichen Hauptkräfte Deutschlands zu erlangen. Das war ein erster Schritt. Leider spielte das Ergebnis darin, daß dem fran-zösischen Volk neue Steuern auferlegt werden müßten. (Zurück).

Deutschland muß Frankreich 2 Milliarden Goldmark jährlich zahlen. Wenn man von den 32 Milliarden ausgeht, die Deutschland schuldet, so überbleibt die Jahresleistung 2 Milliarden. Auf jeden Fall muß der deutsche Staat für ein Jahr 2 Milliarden neue Steuern zu übernehmen. Hierauf erweist Poincaré die Zustimmung. Er erklärt, er beabsichtigt nicht, die Frage der Ermächtigungsgesetze zu berühren. Er gibt eine ausführliche Schilderung von den Schwankungen, die seit zwei Monaten in der Finanzlage eingetreten sind. Das Ausland habe eine Offensive gegen die französische Währung in dem Moment, als man unternehmen, wo das Ergebnis der Sachverständigenarbeiten nicht allzu günstig für Frankreich erschien. Auf die französische Regierung sollte ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden, um sie zur Räumung der Ruhr-gebiete zu veranlassen. Die Arbeiter der Offensive gegen den Franken seien nur keine 5 Stunden lang zurückgefallen. Am 4. März, so fuhr Poincaré unter allgemeiner Spannung fort, hat

eine Verammlung von Vertretern der größten deutschen Banken in Berlin im Hotel Waldow vom deutschen Außenminister Anweisungen erhalten, (?) überall und namentlich in Frank-reich wirtschaftliche Gerüchte zu verbreiten, um auf diese Weise eine Revision des Berliner Vertrages zu erzielen.

Die Regierung sei daher genötigt worden, entsprechende Ab-maßnahmen zu ergreifen. Sie habe an alle Staaten, die dazu in der Lage sind, die Aufforderung gerichtet, sich an der Stillhaltung zu Gunsten des Franken zu beteiligen. Schließlich hätten Finanzkreise in England und in den Vereinigten Staaten Frankreich Kredite eröffnen und die Regierung in die Lage versetzt, den Abwehrkampf unter günstigen Voraussetzungen fort-zusetzen. Die ausländischen Sachverständigen haben vor Mitglie-dern des Senates selbst ausgesprochen, daß man nicht daran denken dürfe, die Reparationsfrage zu berühren, und daß wenn diese Forderung unterbreitet wäre, die Regelung der Reparationsfrage ein Ding der Unmöglichkeit sei (!). Diese Situation ähnelte der Lage der Dinao, die während des Krieges eintrat, als unsere Front nachgab. Gleichgültig sind die Reden der Spekulationen nicht unerwähnt zu verbleiben haben, indem sie ohne Deckung verkaufen mußten. Diese Gerüchte zu seinen bekommen, daß man nicht die Forderung, würden man ein neues Kabinett die Gefährde über-nähme, sich einer Veränderung der französischen Politik auf Ver-sicherer neuer Zahlungen und Sicherungsgarantien widerstehen. Nichts unrichtiger, so schloß Poincaré, die gegenwärtige Währungs-frage. Sobald die vorliegenden Regierungsmaßnahmen ratifiziert sind, werden die Arbeiter der Offensive gegen unsere Valuta wieder in Bewegung zu setzen und zu erlangen, um die Sachver-ständigen zu bewahren haben. Heute Vormittag 10 Uhr beginnt die große Aussprache über die einzelnen Artikel.

Um den Goldbestand der Reichsbank.

Dr. Schacht vor den Sachverständigen. Paris, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Chicago Tribune" behauptet über die Goldfrage die Dr. Schacht in den letzten Tagen mit dem Währungsaußenminister geführt hat, genaue Einzelheiten mitteilen zu können. Dr. Schacht habe sich ge-meldet, die Verantwortung für den Transport der deutschen Goldbestände nach dem neuartigen Ausland, in dem die Begrün-dung der Goldbestände geplant ist, zu übernehmen. Die Sach-verständigen hätten sich nach anfänglichem Zögern entlassen, den deutschen Goldbestand, der auf 3450 Millionen (C. beschränkt wurde, in Berlin zu lassen. Schacht habe sich demgegenüber die Bestimmung des Goldbestandes an dem Ausland anzuver-trantworten, was die Bestimmung der Goldbestände im Ausland entfallend der vom Ausland an die Goldbestände ein-zuschickenden Summe, in den Kassenbüchern der Goldbestände demontiert wurde. Diese Bestimmung wurde von Schacht an-genommen, was die Bestimmung der Goldbestände im Ausland anzuver-trantworten im Reich ausliegen würde. Man habe daher den Argumenten Dr. Schachts Gold best. nicht.

Paris, 14. März. Dr. Schacht ist gestern nachmittags erneut vor dem Währungsaußenminister erschienen. Der mit der Abklärung des Sachverhaltes der Sachverständigen beauftragte Reaktionsaus-schuss legte mehrere Stunden und wird heute vormittag wieder zusammenkommen. Dr. Schacht reist heute nach Berlin zurück, wird aber am Mittwoch, dem 19. März, wieder in Paris sein, um noch einmal vor den Sachverständigen zu erscheinen.

Paris, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Bestimmt im Gold best. macht Angaben über die Sachverständigen der Sachverständigen. Es ist der Plan der Gründung der Goldbestände vorzulegen, die sobald wie möglich im Hinblick auf die Aus-gabe der Banknoten irgend welcher Bezeichnung der Reichs-bank entgegen werden sollen. Das Reich erhält ein auf zwei Jahre bemessenes Moratorium, während dessen es im Laufe eines jeden Jahres ungefähr 800 Millionen Goldmark sowohl zur Zahlung der Entschädigungen wie zur Bezahlung der Besatzungskosten zu entrichten

